



Baden-Württemberg.de

15.05.2020

SCHULE

300.000 digitale Endgeräte für Schüler



© dpa

Im Rahmen des DigitalPakts Schule erhält Baden-Württemberg vom Bund rund 65 Millionen Euro. Das Land will den Betrag verdoppeln und damit etwa 300.000 digitale Endgeräte für die öffentlichen und privaten Schulen bereitstellen.

Das Corona-Virus hat das Schulleben durcheinandergewirbelt. Ein uneingeschränkter Präsenzunterricht wie vor der Pandemie wird aller Voraussicht nach länger nicht möglich sein. Nicht nur deshalb wird digitales Fernlernen auch in Zukunft eine gewichtigere Rolle spielen, damit Schülerinnen und Schüler auf ihrem Bildungsweg nicht benachteiligt werden. Dies setzt eine deutlich verbesserte digitale Infrastruktur für die Schülerinnen und Schüler voraus. „Es darf nicht sein, dass ein Kind in Baden-Württemberg benachteiligt ist, weil es keinen Laptop zur Verfügung hat“, sagt Kultusministerin **Dr. Susanne Eisenmann** und fügt an: „Daher ist es erfreulich, dass wir weitere Bundesmittel im Rahmen des **DigitalPakts Schule** erwirken konnten. Schülerinnen und Schüler, die zu Hause über kein digitales Endgerät wie Laptop oder Tablet verfügen, sollen sich eines ausleihen können.“

130 Millionen Euro für digitale Endgeräte

Dieses Sofortausstattungsprogramm des Bundes umfasst insgesamt 500 Millionen Euro und sieht gemäß dem Königsteiner Schlüssel für Baden-Württemberg etwa 65 Millionen Euro vor. „Wir wollen diese Summe verdoppeln, weil wir wissen, dass der Bedarf groß ist. Keine Schülerin und kein Schüler soll durch diese Situation benachteiligt werden“, sagt Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann und ergänzt: „Mit 130 Millionen Euro können wir ungefähr 300.000 digitale Endgeräte für die öffentlichen und privaten Schulen bereitstellen. Das hilft insgesamt etwa 20 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg. Diesen Bedarf haben wir gegenüber dem Ministerpräsidenten und der Finanzministerin angemeldet.“

Die Landesmittel sollen aus dem Corona-Hilfsschirm kommen, das Kultusministerium erarbeitet hierfür aktuell eine Kabinettsvorlage. Vorgespräche mit den Kommunalen Landesverbänden (KLV) sowie der **Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen (AGFS)** über die Umsetzungsdetails haben darüber hinaus bereits stattgefunden. In der kommenden Woche laufen diese Gespräche weiter. „Es ist wichtig, dass wir uns hier mit allen Partnern auf kommunaler und politischer Ebene schnell und unbürokratisch im Sinne der Kinder und Jugendlichen einigen“, sagt Eisenmann. Auch in puncto Internetverbindung zu Hause werde derzeit an Lösungen gearbeitet.

Schnell und unbürokratisch im Sinne der Schüler

Die Kultusverwaltung erarbeitet zudem gemeinsam mit dem **Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL)** sowie dem **Landesmedienzentrum** ein Konzept für eine entsprechende Lehrkräftefortbildung. Auch Hilfsangebote für digitale Lernmaterialien sowie die notwendigen technischen Programme und Werkzeuge sollen den Lehrkräften und Schulen zur Verfügung stehen. „Wir drehen an allen Stellschrauben, um diese Soforthilfe schnellstmöglich an die Schulen zu bringen“, sagt Eisenmann und fährt fort: „Denn wichtig ist, dass Laptops, Tablets und Co. nicht nur zur Verfügung stehen, sondern auch pädagogisch sinnvoll eingesetzt werden – von den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Schülerinnen und Schülern.“

Die Mittel fließen demnach nicht nur in die Beschaffung der schulgebundenen mobilen Endgeräte, sondern auch in deren Inbetriebnahme sowie das notwendige Zubehör und den pädagogischen Rahmen. „Die aktuelle Situation verlangt uns allen viel ab, das ist mir bewusst. Aber die Rückmeldungen aus der bisherigen Fernlernphase machen Mut und zeigen, wie kreativ und engagiert unsere Lehrkräfte sowie unsere Schülerinnen und Schüler samt deren Eltern den Fernunterricht meistern“, sagt Kultusministerin Eisenmann und fügt an: „Dass wir hier mit zusätzlichen Endgeräten nun etwas ganz Konkretes beitragen können, freut mich umso mehr.“

Sofortausstattungsprogramm

Die Bundesmittel des Sofortausstattungsprogramms im Rahmen des DigitalPakts Schule belaufen sich auf ungefähr 500 Millionen Euro. Diese werden dem Sondervermögen Digitale Infrastruktur nach demselben Verfahren wie die Mittel für den DigitalPakt Schule zur Verfügung gestellt. Auf Baden-Württemberg entfallen gemäß dem Königsteiner Schlüssel 65,064 Millionen Euro.

Die Mittel sollen den Schulträgern zur Verfügung gestellt werden, und die Geräte sollen dann die Schülerinnen und Schüler zur Ausleihe erhalten, die aufgrund ihrer häuslichen Situation nicht auf bestehende technische Geräte zurückgreifen können.

Außerdem wird der Bund, in Absprache mit den Ländern, mit Mobilfunkanbietern nach Lösungen für Schülerinnen und Schüler suchen, die daheim nicht auf eine bestehende Netzanbindung zugreifen können und auch hier auf Unterstützung angewiesen sind.

tabletBW

Kultusministerium: Digitalisierung

Kultusministerium: Digitalpakt Schule